

# Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verteidigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Peltzelle oder deren Raum berechnet

## Der große Wettlauf ums Sparame Bauen.

Von M. Conradi, Krätzer.

Je weiter man das Wort von Prof. W. studiert, desto mehr entpuppt sich der Verfasser als Luftkammermeister. Man mache sich eine Vorstellung, was es in unserem Klima bedeutet, die Zwischenbeden auszusprechen. Die Kälte der zusammengetrockneten Fußböden, die verbeißliche Steigung des Untergerüstes, die Schmutzdrückhaftigkeit der Decken, die übertriebene Lüftung, die schnelle Uebertragung der schlechten Luft aus dem Inneren ins Freigebläse; lauter Gesundheitsgefährdungen einer nicht etwa Sparame, sondern einer Sparame, sparsamsten Baupflicht, die man den mehrwertigsten, gesündesten Arbeitern anzubieten sich erdreistet.

Wie wird aber noch nicht am Ende. Prof. W. ist fast unerschöpflich darin, die Kleinwohnungen zu Scheinwohnungen zu gestalten. „Die zunehmende Enge in der Notwendigkeit größter Sparame!“ — Diese Enge in der Notwendigkeit existiert nur in dem Kopfe des Professors — hat zu einer Reihe von Lösungen kombinierter Koch- und Heizanlagen geführt, die die beim Kochen entstehende Hitze noch weitgehend für Heizzwecke ausnützen können. Das Aufstellen beider Öfen in einem Raum und die Öfen werden hierüber überflüssig. Als ob in einer Arbeiterwohnung so viel geheizt würde, daß die Öfen entbehrlich werden, — als ob in einer Arbeiterwohnung zu so passenden Zeiten, wenn die Familie warm sitzen will, immer Kochfeuer wäre! „Der Kamin, aus leichtem Tonrohren zusammengefügt, bedarf seines geringen Gewichtes wegen keiner besonderen Fundamentierung, während der gewöhnliche Kamin auch durch das Stellergerüst bis zur Tiefe der Hausfundamente durchgeführt werden muß, zudem auch größeren Raum beansprucht.“

Mit diesem feinen Sparamegedanken verheißt uns der Luftkammermeister in die Baugesetze des Mittelalters, wo Spornsteine wie auch Balken geteilt und verzogen wurden. Was das Feuer aus, so stürzte vor allen Dingen der Schwefelstein zusammen und verzögerte die Feuerkunst. Etwas Ähnliches plant Prof. W. mit seiner Sparame für Kamine ohne Fundamente; auch sie stürzen bei einem Wande seiner Porositätsbude zusammen und richten mehr Unheil an, als bei einem auf Fundament stehenden Kamin zu erwarten wäre.

Am Schluß dieses Abschnittes gibt uns der Sparameister den Kern seiner Hauptgedanken so besten; er nennt ihn „Industrieffizierung der Bauartigkeit“, auf deutsch: großzügige Verwendbarkeit der „Maschine“ bei Errichtung der Kleinbauten. Wenn werden die Luftsteine in die Maschine gesteckt, hinten kommen die Arbeiterparlamentshäuser heraus. Daß Fenster, Türen, Treppen, Öfen und andere Bauteile selbstständig hergestellt werden, ist unzureichend. Die Industrieffizierung soll großzügiger in Angriff genommen werden, nämlich durch das Zylinderprinzip (sprich Zylinder), auf deutsch: Querschnitt. Dem Maurer wird der Zylinderhaufen nicht mehr aus Gerüst geworfen, doch er sich nach jedem Stein bücken muß, sondern man legt ihm die Steine fortwährend in die Höhe der gerade verlegten Schicht, so daß er sie nur wagrecht zu bewegen braucht. Mit diesen Schichtmitteln verläßt man dem Beschäftigten das Zylinderprinzip als ein wissenschaftliches Betriebsmittel zur Verbilligung des Kleinbauwesens anzuschließen, um ungelernete Arbeiterkräfte und Verschwendung der Baupflichten durchzuführen. Wie können der Entwicklung dieser Sparame mit Vergleiche entgegenzusetzen, hoffen aber, es werden sich die Arbeiter, denen Wohnhäuser dieser Sparame zufließen, dadurch äußern, wie sie sich zwischen solchen Luftkammern unterscheiden. Das eine können wir auf Grund der vorliegenden Baupflichten schon heute sagen: die Scheidewände zwischen den Nachbarwohnungen sind so schwach, daß man das Sprechen, Singen, Musikmachen belästigend durchdringen muß. Dazu kommt im eigenen Hause das Geplapper der Kinder im Ober-

geschloß ohne Zwischenbedentrennung. Die Familien im Mittelbau werden außerdem beim Schall des Börsens von vier Familien der Seitenbauten nach dem Wohnhofe abwechslungsreiche Tage erleben. Die Wohnhöfe fallen dadurch, daß nur zwei Häuser den Mittelbau bilden, zu klein aus; er müßte zum mindesten aus vier Häusern bestehen, wenn die Zusammenfassung mit den Flügelbauten durchgeführt werden soll. Die der Ruhe sehr bedürftigen Arbeiter würden dann wenigstens nicht bei Tag und Nacht durch den Widerhall so dem Kinderlärm ausgefetzt sein, wie nach dem jetzigen Plan.

Im letzten Teil der Sparameaufzählung bespricht der Verfasser „Ersparnisse durch gemeinschaftliche Einrichtungen“. Zunächst das „Einkaufsproblem“, das im Kriege durch Vorkauf und Mittelstandsfragen eine Verbilligung erfahren habe. So schon sich dieser Gedanke auch anhört, und so viele Vorteile er gewähren könnte — er setzt in Friedenszeiten eine Sparsamkeit vieler unter die Kochkunst einer Person voraus. Diese muß aber schmackhaft kosten und sorgfältig und sauber zubereiten können. Das ist leichter gesagt als getan; denn dazu gehört Einigkeit und Organisation, und diese Dinge in der Ernährungsfrage durchzuführen, ist Zukunftsmusik. Größere, solide Konsumgenossenschaften könnten hier Mittelpunkt gemeinsamer Ernährung werden. Von hier aus könnten die Stogenhäuser, die Junggesellenheime und Witwenheime versorgt werden.

Wanz erstaunt muß man sein über das Zugeständnis einer Volksschuleanstalt, die wegen ihrer großen Kosten eigentlich in die Anstaltsverwaltung nicht hineinkommt. Verfasser will aber durch die Badeanstalt die Einrichtung des Badezimmers sparen. Das ist wieder ein rückwärtsloster Sparamegedanke. Besonders für die Familien mit kleinen Kindern ist das Badezimmer, das ja in solchen Arbeiterwohnungen nur ein Käfig zu sein pflegt, dringend nötig. Selbst eine Wannennische wäre schon eine Ertragsquelle wegen der früher erwähnten unentbehrlichen heißen Wader, die für den alten Arbeiter ein Jungbrunnen sind. An die Volksschuleanstalt eine Zentralküche anzufügen, wäre ein vortrefflicher Gedanke, der allen Wohlhabenden empfohlen werden kann; denn der Mittelstand leidet seit Jahrzehnten schwer unter der Wirtschaft der Privatwohnanstalten, die mit ihren betrügerischen Waschmitteln und ihren sonstigen schlechten Waschapparaten die beste Wäsche gereizen und vernichten.

Ähnlich in der Arbeiterhäuser die fürchterlichste Sparame Maß greifen soll, will Verfasser Sport- und Spielplätze gewähren. Der Hügel der Schule — die Kula — soll zur Abhaltung von Konzerten, Vorträgen und Versammlungen verfügbar sein. Diese Saalanlage soll mit Nebenräumen, Garderoben und Abtritten, sogar mit einem Wirtschaftsbetrieb in Verbindung stehen. Zu Reuehen, im Lande der Klassenwahlen mit „Sicherungen“, ist an solche Reformen wohl unter der Frömmlichkeit des katholischen und des protestantischen Minderums vorläufig nicht zu denken.

Eine reichhaltige Bibliothek mit Zeitschriften für Erwachsene und Kinder sei unentbehrlich, meint Prof. W. Die Schule soll zu einem Volkshochschule sein als einheitlicher Organismus ausgebaut werden. — Zu Reuehen mit seiner geistlichen Schulaufsicht ist so etwas nicht denkbar. Ein Refektorium für Kinder ist zwar vom Berliner Magistrat sogar für Gemeindefürsorge von 0 bis 14 Jahren eingerichtet; aber die Licht betrachtet, eine ungelungene Materie. Kinder in dem Alter schon in einem Refektorium zu setzen, ist eine Ueberreizung; denn gerade in diesem Alter gehört das Kind auf den Spielplatz und nicht auf den Willensplatz. Der künftige Arbeiterjunge wird über die schmalen Gärten, die ihm Prof. W. zu teilt, hinaus über Aeden und Zäune springen und Löffel stecken, aber sich nicht in dem stillen Refektorium frühzeitig festlegen lassen.

„Vorkaufserische Notgerungen“ überfarricht Prof. W. das letzte Kapitel. Er will durch die Ziehung keinen

Gegenatz zur Fabrik schaffen, sondern architektonische Beziehungen- und Berufungstimmungen. Eine Zielungsanlage ist im Grundplan beigegeben; aber Raum für Sport- und Spielplätze ist nicht erkennbar, wenn nicht der einzige durch Laubwert angedeutete Platz schon etwa als genügend betrachtet werden soll. Maßstäbe werden nicht für erforderlich gehalten.

Schlufbetragungen. Soviele technisch und künstlerisch gute Gedanken die Arbeit bietet, in der Sparame geht sie zu weit. Verfasser brückt mit seiner Sparame den Gegenatz zwischen hochbürgerlicher Baukunst und Arbeiterwohnweise in einen selbstverständlichen Dauerzustand herab. Wer Anecht ist, soll Anecht bleiben. Wie aber erstreben im Laufe der Zeit einen Uebergang zwischen Stadt und Land mit ausgleichenden Lebens- und Beschäftigungsverhältnissen, so daß das Land den städtischen Gebräuchen und Bequemlichkeiten nicht auf die Dauer so fern liegen wie bisher. Prof. W. schwebt bei seiner ganzen Arbeit vom Sparame Bauen die Rentabilität, das heißt die Verzinsung und die billige Miete für Arbeiter vor Augen. Wir wollen uns können heute noch nicht stellen, mit welchen Geldwerten nach Friedensschluß das Bauen und gar das Sparame Bauen beginnen wird; aber wenn Prof. W. glaubt, das arbeitende Volk werde auf die Dauer das bestlose, schaffende und schaffende Maß bleiben, so steht er doch noch gar zu fest im bürgerlichen Klassenstande vom weltlichen Volk. Die neue Zeit, der Aufstieg der Arbeiter verlangt eine Annäherung von Stadt und Land. Die Landwirtschaft soll aufleben, die Handarbeiter wollen gleichberechtigt mit dem Stadtbauer stehen und frei sein von allen Verschönerungen und andern unrentablen Ausschmückungen.

Mit diesem Streben nach Gleichstellung wird auch die Baukunst Schritt halten müssen. Gerade sie ist geeignet, den seit Jahrhunderten bestehenden Abstand zu mildern. Nicht bloß Preisländerhäuser, sondern auch Verbilligungsmaße, Theateräume und vor allem solche Schulbauten verlangt das Land. Aber davon sind wir noch meilenweit entfernt. Die Zielungsbauten des Prof. W. sind Bauteilgenossen, ganz dazu angetan, die Dürftigkeitsbauweise auf dem Lande aber absetzt der Städte zu einer dauernden Einrichtung zu machen, nicht etwa auf Grund ihrer Haltbarkeit, sondern nach der bürgerlichen Auffassung ihrer Gründer. Gewiß, heute unter dem Zwange ungeheurer Wohnungsnot und bei dem Mangel an vorbildlichen Arbeiterkolonien, sind diese Zielungen immer noch besser als gar nichts. Aber die Arbeiterchaft muß heraus aus den Pacht- und Mietsknechten und Rentenberechnungen, aus Mühseligkeit und Steigerung.

Träglich ist es, daß man nicht überall von solcher Sparame befallen ist wie Professor Wehrs und seine bürgerlichen Freunde. Schon mehren sich die Nachrichten, Arbeiterwohnungen in der Nähe mittlerer Städte auf billigen Boden und Zielungsland zu bauen. Da wird man hoffentlich nicht so sparsam sein, sondern aber Strohwerke mit Zwischenbeden und Öfen ausführen, da wird man Wohnlichkeit nicht bloß auf dem Papier anpreisen und nicht die Baumaterialienarbeit so weit treiben, daß bei den Wohnern das Gesicht des Unbesorgens und der Minderwertigkeit ausgefetzt wird. Die Zielungspläne des Prof. W. sind nicht ein Zeichen der Hilfsbereitschaft, des Entgegenkommens zum Aufstiege der Arbeiterchaft, nein, sie sind das alte Streben des Kapitals nach Anreicherung, und Zinsverträgen durch Sparamebereiter. Vergleiche man diese Zielungspläne mit den einfachsten Dienstwohnungen der Unterbeamten, so wirkt der Abstand recht empfindlich; an die bescheidenen, vornehmen und herrschaftlichen Dienstwohnungen der höheren Beamten, zum Beispiel der Schuldirektoren, der Geistlichen, der Post- und Landesdirektoren wollen wir keinen Vergleichsmaßstab legen. Immerhin sollte der Abstand der Arbeiterwohnung von der heutigen Unterbeamtenwohnung doch nicht darin bestehen, daß man dem Beamten alle Solidität klassischer Baukunst gubendeit, während man dem Arbeiter, weil seine Wohnung Wohnlichkeit sein muß, nur eine Zielungsanlage gönnt nach



allen Rezepten einer ausgeführten Sparmaschinenbauart: porös, luftig, ohne Zwischenbeden, ohne Defekte, ohne besorglichen Mängel und dergleichen mehr. Solche Anlagen machen den Eindruck von Robbauten gegen den Geburtenrückgang; aber sie wirken dem Geburtenrückgang nicht entgegen. Die Arbeiterhäuser der Großindustrie sind Zwangscolonien für Fabrikleibende. Die Siedlungspläne des Prof. B. sind Sparbaugbauten für Kapitalleibende, eine Zurückführung und Herabsetzung des arbeitenden, des wertvollsten Volkes gegen die Besitzenden, gut Gemäerten, Guteselbenden.

An Hand dieser Sparbaugentwürfe erkennt der Leser, was ich eingangs dieser Darstellung sagte: es handelt sich hier nicht um erste Hilfe der Arbeiterwohnungsnot, sondern um Unterbringung der fehlenden Hände für das sich aufstauende, unternehmungsgierige Kapital.

Der Jertum der bürgerlichen Knausereivolkskäter kann nicht feil genug und nicht schön genug aufgefärrt werden; die Arbeiter wollen nicht an gnädigen Sammlungen in Wohlthätigkeitsfiedlungen ausgesüffert und abgehaftert sein! Sie beanpruchen vielmehr solide Wohnstätten aus denselben Staatsmitteln, aus denen Staatsprachsbauten aufgeführt und ausgestattet werden, wie die königlichen Schloßbauten, die königlichen Theater, die reichen Dienstwohnungen der Generale, der Minister mit 20 bis 30 Wohnräumen, unter denen sich Prunkräume befinden, um den Staat „vornehm zu repräsentieren“. Gegenüber solchem Genußleben wollen die Arbeiter nicht in bettelhaften, porösen Plunderbauten eingeschloßelt werden, sondern in fehenwürdigen, künstlerisch ausgestatteten, behaglichen, gesundheitslich wertvollen Heimstätten wirklich wohnen, nicht aber bloß „freistünd hausen“!

Die Arbeiter wollen aus den Lebensschiffen der großen Aktiengesellschaften, aus Dividenden- und Zinsrenten anteilen so behaglich untergebracht sein, daß sie nicht mit Mut und Woll auf die Zwingtürnen der heutigen Arbeitgeber zu blicken brauchen. Man mag das Schadenbaumaterial, das heißt die Hochfensterbänke, erst für die Plattenbauten und Vergnügungsräume der Besitzenden produzieren, und, falls sich dort die Abfallmaterialien beschaffen, mögen sie zulässig sein für die Arbeiterheimstätten.

Die Arbeiter wollen endlich in den Genuß der Kaffee-, der Regelbahnen, der Billardtische und Gesellschaftsräume gelangen, wie solche von Staats wegen in der großen Hofkassen der Offizieren und Unteroffizieren seit Jahrzehnten gebaut werden. Kaffeebahnen sind die Unterhaltungsstätten der Heeresorganisationen, Arbeiterheimstätten müssen die Unterhaltungsstätten der Arbeiterorganisationen sein, die das dauerhafte und Werte schaffende Inventar eines Kulturstaates sind und deshalb auf die höchste Kulturpflege Anspruch haben.

Nach dem heutigen Weltlauf um Sparbauten sollen die Arbeiter wie Kaufmänner in den mit ausgefüllter Knappheit bemessenen, zusammengekauften Käufen eingekauft werden, die in ihrer Verschämung und Wirtschaftlichkeit mit Zuschauersbauten in Weltberoch treten können. Aus allen Kräfte werden wir diese beschränkende Sparcout bekämpfen! —

### Verhandlungen um neue Steuerungsulagen beantragt.

Vor drei Wochen haben wir kurz darüber berichtet, daß unsere Kollegen in den verschiedensten Orten unter dem Druck der Steuerung Schritte zur Erlangung einer weiteren Steuerungsulage unternommen haben. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß uns ein vertragliches Recht, solche Zulagen zu fordern, im Augenblick nicht zusteht, daß aber der Verhandlungsstand, sobald die vertraglich festgelegten Bedingungen eingetreten seien, alles tun würde, um für unsere Kollegen eine weitere Steuerungsulage herauszuholen. Obwohl diese Bedingungen eigentlich erst nach dem 1. Oktober eintreten, haben die Vorstände der drei Arbeiterverbände unter dem zunehmenden Druck der Not und infolge der fortwährend geäußerten Wünsche unserer Mitgliedschaften nun doch schon in der vorigen Woche beim Arbeitgeberbund für das Baugewerbe schriftliche Verhandlungen zwecks Gewährung einer weiteren, schon im August zu gehenden Steuerungsulage beantragt. Sie teilen dies durch folgendes Schreiben:

Samburg/Berlin, den 20. Juli 1918.  
An den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Berlin.

Als wir im Herbst des vorigen Jahres über Steuerungsulagen und die Verlängerung des Tarifvertrages verhandelt haben, wir wiederholt und mit Nachdruck hervor gehoben, daß die von Ihnen angebotenen und schriftlich vereinbarten Zulagen nicht ausreichen würden. Wir wiesen hin auf die höchstwahrscheinliche große Steuerungsulage im Juni und Juli und forderten demgemäß zum 1. Juli weitere 5 % (im ganzen 20 %). Lehen Endes gingen wir mit der Forderung dieser Rate auf den 1. August zurück. Nun ist es in der Tat so gekommen, wie wir besfürchteten. Zu den allmählich vom Herbst bis zum Frühjahr gestiegenen Preisen der Lebensmittel haben wir seit ungefähre zwei Monaten Phantasiepreise für alle Gemüse, die alle Begriffe und auch unsere schlimmsten Befürchtungen übersteigen. Bei der völlig unzureichenden Bekleidung mit Kartoffeln, Brot und Fleisch sind auch die Arbeiter

auf den Konsum der „August-artikel“ angewiesen und müssen sie sich zu den im Schleichhandel gebildeten Preisen zu beschaffen suchen.

Dadurch ist unsere von vorherherein schwache Hoffnung auf die Möglichkeit des Anschlusses mit den vereinbarten Steuerungsulagen wieder einmal ebenfalls zu Wasser geworden. Der Zustand auf dem Lebensmittelmarte und die fast noch fterbaldigere Verwässerung der Lebensmittellichen Preisen hat in den Kreisen unserer Mitgliedschaft bewirkt, daß sie uns Antträge unterbreiteten, wir müßten ihnen unter allen Umständen sofort eine weitere Steuerungsulage beschaffen.

Wir haben unsern Mitgliedern und insbesondere den Funktionären bis zum Liebedruck erklärt, daß wir zurzeit aufherstehen wären, ihre Forderung zu vertreten, daß wir gebunden seien an den Vertrag und daß uns der § 7 der Vereinbarung vom 20. November 1917 verbiete, auf den Baustellen irgend etwas zu unternehmen, um eine weitere Steuerungsulage zu bekommen. Das hat freilich weitere Antträge nicht verhindert; die Not ist zu groß, als daß sie sich durch solche Abweimungen beschämigen ließe; und so konnten höchstwahrscheinlich und häufig neue Antträge, wir müßten doch den Versuch machen, mit dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes zu mündlichen Verhandlungen zu kommen. Die Anttragssteller halten es für unmöglich, daß der Arbeitgeberbund es ablehnen könne, alsobald eine weitere Steuerungsulage zu bewilligen.

Nach alledem füllten sich die unterzeichneten Vorstände derungen, die Antregungen weiterzugeben und zu beantragen, der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes wolle

### Am 3. August ist der 31. Verbandsbeitrag in diesem Jahre fällig.

sich bereit erklären, für die allfällige Zahlung einer weiteren Steuerungsulage zu wirken. Als einen baldigen Zeitpunkt würden wir die zweite Augustwoche betradtjen. Auch würden wir es für richtig halten, daß das Reichswirtschaftsamt bei etwaigen Verhandlungen mitwirkt. Wenn wir schon jetzt zu einer Einigung über eine allfällige zu gehende Steuerungsulage kämen, würde die für Oktober in Aussicht genommene Verhandlung vielsicht überflüssig werden.

Antworten Sie uns bitte nicht, daß wir gegenseitig durch die Vereinbarung vom November gebunden seien, daß uns insbesondere der § 7 verbiete, an der Vereinbarung zu rütteln. Wir wissen das ohne besonderen Grund. Wir wissen aber auch, daß wir im gegenseitigen Einverständnis die Vereinbarung ändern und die Frist für ihre Revision absetzen können. Wir sind überzeugt: wenn der Deutsche Arbeitgeberbund will, dann kann er unsern Antträge zuflimmen.

Einer baldigen Antwort entgegengehend, zeichnen hochachtungsvoll (Unterschriften.)  
Eine Abschrift von diesem Schreiben ist gleichzeitig an das Reichswirtschaftsamt gesandt worden.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes hat auch diesmal wieder die Wünsche der Arbeiterverbände auf rasche Hilfe abgelehnt. Seine vom 24. Juli datierte Antwort lautet: An den Deutschen Bauarbeiterverband, Hamburg, den Zentralverband christlicher Bauarbeiter, Berlin-Wilmersberg.

Den von Ihnen gestellten Antrag, schnellstens zu neuen Verhandlungen über eine neue Steuerungsulage unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsamtes zusammenzutreten, müssen wir zu unserm Bedauern ablehnen.

Die Annahme der Vereinbarung vom 20. November 1917 lag bei Ihnen wie bei uns den Hauptberatungen unserer Organisationen ab. Unsere Hauptversammlung hat die Vereinbarung angenommen und den Vorstand mit der Durchführung derselben beauftragt. Der Vorstand hat daher kein Recht, sein Einverständnis zur Aufhebung der Vereinbarung zu geben, es müßte vielmehr eine außerordentliche Hauptversammlung derselben werden, um die Aufhebung zu beschließen.

An der von Ihnen vorgeschlagenen Frist, schon in der zweiten Augustwoche mit der Zahlung einer weiteren Steuerungsulage zu beginnen, ist die Verurteilung einer Hauptversammlung oder auch nur einer Vorstandssitzung unter den heutigen Verhältnissen eine Unmöglichkeit; hat doch der Deutsche Bauarbeiterverband vom 20. November 1917 bis März 1918 Zeit gebraucht, um die Annahme der letzten Vereinbarungen zu bewirken. Vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wird indessen die Aufhebung innerhalb 14 Tagen verlangt. Würde schon das Borewähnte zur Ablehnung Ihres Anttrages führen, so würde die Aufhebung der Vereinbarung das ganze Tarifwesen aufs schwerste schädigen.

Wir können unsern Mitgliedern nicht zumuten, daß sie die Opfer, die ihnen der Tarifvertrag auferlegt, tragen, auf die Vorteile jedoch, die er ihnen bringt, daß ist vor allem die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt gestrichelte Skalkulation, verzichten. Wir sind Ihnen bei den letzten Verhandlungen so weit entgegengekommen, daß wir uns bereit erklärt haben, nach Wahrung der bis zum 31. März 1918 laufenden Vertragsperiode in Verhandlungen einzutreten, wenn eine wesentliche Veränderung der Preise für Lebensunterhalt in der Zeit vom Juli bis Oktober 1918 eintreten sollte. Weiter konnten wir nicht geben. Wir sind auch ganz abgesehen von den unglücklichen Folgen, die eine Aufhebung des Vertrages in moralischer Beziehung haben müßte, in materieller Hinsicht nicht in der Lage, Ihren Wünsche Folge zu leisten. Die baugewerblichen Unternehmer haben zu ihrem überwiegenden Teil schon unter der Preissteigerung gelitten; sie sind nicht in der Lage, eine unvorhergesehene Preisverhöhung ihres Geschäftes zu tragen. Wir werden jedoch zum 31. August dem Vorstand von Ihrem Schreiben vom 20. dieses Monats Kenntnis mitzuteilen und um eine baldige Mitäußerung ersuchen. Der Inhalt der Antworten wird entschieden, ob die Vereinbarung einer außerordentlichen Hauptversammlung überauspnotwendig ist, wenn von vorherherein mit der Ablehnung

Ihres Anttrages gerechnet werden muß. Nach Klärung der ganzen Sachlage werden wir Ihnen weitere Antwort zugehen lassen.

Wir richten an Sie indessen das Ersuchen, für strenge Anheftung der Vereinbarung durch Ihre Mitglieder und Unterverbände zu sorgen.

Hochachtungsvoll  
Der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Der Vorsitzende: E. Wehrens.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes begründet also seine Ablehnung rascher Hilfe in erster Linie damit, daß er kein Recht habe, die von einer Hauptversammlung des Bundes genehmigte Vereinbarung vom 20. November 1917 aufzugeben, und daß eine rasche Einberufung der Hauptversammlung nicht möglich sei. Wir kennen die Satzungen des Arbeitgeberbundes nicht und können deshalb im Augenblick auch nicht beurteilen, ob dem Bundesvorstand nicht die rasche telegraphische Berufung einer Hauptversammlung möglich gewesen wäre. Mit der Einberufung unseres Verbandstages im Winter dieses Jahres läßt sich die Einberufung einer Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes auf keinen Fall vergleichen. Unser Verbandstag, der in erster Linie zwecks Neuordnung unseres Verbandes berufen wurde, bedurfte gründlicher Vorbereitung; zur Ausprache jowie zur Stellung und Beschäftigung der Antträge mußte die sachungsmäßige Frist eingehalten werden. Für eine Hauptversammlung des Bundes, die sich nur mit der Gewährung einer neuen Steuerungsulage zu beschäftigen hätte, säme dies alles in Wegfall. Wir glauben aber, daß es der schleunigen Einberufung einer Hauptversammlung durch den Vorstand des Arbeitgeberbundes gar nicht bedürfte. Angesichts der großen Notlage, in der sich die Bauarbeiter infolge der fortgehenden, über alles vorausgehende Maß hinausgehende Steigerung der Kosten für den Lebensunterhalt befinden, hätte der Vorstand des Arbeitgeberbundes sicher selbst die Zustimmung zu einer neuen Steuerungsulage geben können, ohne befürchten zu müssen, daß eine später zu berufende Hauptversammlung diese Maßnahme abgelehnt hätte. Und daß die rasche Berufung einer Hauptversammlung unter den heutigen Verhältnissen unmöglich sei, wird dem Vorstand des Arbeitgeberbundes niemand glauben.

Daß die Gewährung einer neuen Steuerungsulage vor dem 1. Oktober das ganze Tarifwesen aufs schwerste schädigen würde, ist in Wahrheit auch nichts als eine leere Forderung. In Wirklichkeit könnte das Tarifwesen nur gewinnen, wenn beide Vertragsparteien im gegenseitigen Einverständnis eine Vertragsbestimmung außer Kraft setzten, die infolge der Not der Zeit für die durch die Vertragspartei unhaltbare Zustände schafft. Ebenso ist die Behauptung, der Arbeitgeberbund sei auch in materieller Hinsicht nicht in der Lage, eine weitere Steuerungsulage zu bewilligen, gänzlich unhaltbar. Daß auch diese baugewerbliche Unternehmer unter dem Kräfte schwer gelitten haben, ist unbestreitbar. Das gilt für alle jene Unternehmer, die ohne Arbeit sind. Aber diese Unternehmer brauchen ja auch keine Steuerungsulagen zu zahlen, sondern nur jene, die Arbeit haben. Daß die, die zum Teil sehr große Gewinne erzielen, eine weitere Steuerungsulage nicht tragen könnten, ist um so weniger glaublich, als doch bisher die gewöhnlichen Steuerungsulagen zum guten Teil zurückgezahlt worden sind. Wir möchten also die Forderung nicht aufgeben, daß der Gesamtvorstand des Arbeitgeberbundes doch noch andere entscheidende Wege, als sein geschäftsführender Vorstand eingeschlagen hat.

### Um wieviel ist die Lebenshaltung teurer geworden?

Daß heute die Arbeiterklasse schwerer unter der Versteuerung ihrer gesamten Lebenshaltung zu leiden hat, ist allgemein bekannt und anerkannt; aber über das Maß der Versteuerung gehen die Meinungen weit auseinander. In Friedenszeiten standen uns zur Beurteilung dieser Frage die amtlichen und nichtamtlichen Preisnotierungen zu Verfügung, wie sie in dem wirtschaftlichen Preisnotizdienst Calweres zusammengestellt wurden. Während des Krieges sind diese Notierungen fast ganz wertlos geworden, weil die notierten Preise entweder nur für die öffentlich bewirtschafteten Waren gelten, die zur Erhaltung des Lebens für keinen Menschen ausreichen und die im Schleichhandel zu wesentlich höheren Preisen ergriffen werden müssen, oder weil Preise für Waren angegeben werden, die im legitimen Handel gar nicht mehr zu bekommen sind und nur im Schleichhandel zu vielfach höheren als den notierten Preisen erworben werden können. Die Knappheit der ehemaligen hauptsächlichsten Lebenshaltungsmittel hat dazu geführt, daß man heute selbst für solche Einkaufsgegenstände, die früher hauptsächlich als Viehhüter dienen, höhere Preise zahlen muß, als eben für vielfach gute Nahrungsmitel.

### Um wieviel ist die Lebenshaltung teurer geworden?

Nach den Calwerischen Preiszusammenstellungen belief sich der Preis für die bekannte Familienration im April dieses Jahres auf M 57,13 gegen M 25,12 im Juli 1914. Das wäre — wogegenrecht bis April — eine Versteigerung um 127 pSt. Calwer selbst gibt aber an, daß durch diese Preissteigerungen die wirklichen Kosten der Lebenshaltung gar nicht getroffen werden. Er meint, die Lebenshaltung der Arbeiter wäre tatsächlich, wenn durch die Steigerung der Preise für die Ernährung ausgedrückt würde. Das aber ist nicht der Fall, da kann die Nationen aus der öffentlichen Bewirtschaftung zu den Höchstpreisen an die Ver-

braucher gelangen, diese Nationen aber so niedrig bemessen sind und für die Waage zusammen so wenig Nahrungsmittel bieten, daß eine Prüfung des Lebens, geistige denn eine wirtschaftliche Befähigung gar nicht möglich wäre, wenn der grundsätzliche wechelseitige freie Verkehr nicht befand eingreifen und das Durchfallen ermöglichen würde, allerdings zu Preisen, die weit über die Höchstpreisnotierungen hinausgehen.

Kollege August Friedrich in Dresden hat, um die Verteuerung der Lebenshaltung wenigstens einigermaßen sicher zu ermitteln, zwei Haushaltungsrechnungen einer vierköpfigen Familie konstruiert, von denen die eine die wöchentliche Ausgabe der Familie für Nahrungsmittel kurz vor dem Kriege, die andere die Ausgabe im Frühjahr dieses Jahres zeigt. Nach diesen Haushaltungsrechnungen hatte die Familie für die nachfolgend genannten Nahrungsmittel vor dem Kriege die nachfolgend gleichfalls genannten Preise zu zahlen:

Table with 6 columns: Verbrauch in der Waage, Preis für das Pfund, Stückzahl, Gett, Kosten in Pfennigen, Kosten in Mark.

Familie mit Waage... 1926 1863 11570 1932. Rechnet man die vierköpfige Familie von Mann, Frau und zwei Kindern gleich drei Erwachsenen, so kommen auf jede Person im Tag 92 g Stückstoffsubstanz, 89 g Fett und 551 g Kohlehydrate = 3400 Kalorien. Der Nährwert dieser Nation bleibt hinter dem Nährwert der Nation des Marinefeldaten zurück; aber ein Arbeiter mit einem Einkommen von etwa 1/1500 konnte für Nahrungsmittel nicht mehr als 1/19,32 in der Waage ausgeben.

Table with 6 columns: Verbrauch in der Waage, Preis für das Pfund, Stückzahl, Gett, Kosten in Pfennigen, Kosten in Mark.

Nach dieser Aufstellung können auf je eine erwachsene Person im Tag 88 g Stückstoffsubstanz, 22 g Fett und 471 g Kohlehydrate = 2440 Kalorien. Kollege Friedrich schreibt uns zu seiner Aufstellung: „Die angenommene Friedensration ergibt 3400, die obige Kriegsernährung nur 2440 Kalorien, gleich 72 pZt. der Friedensration. Der Preis der Friedensration beträgt die Waage 1/19,32, die Kriegsernährung kostet 1/67,28. Sehen wir den Preis der Friedensration gleich 100, so ergibt die obige Kriegsernährung die Zahl 292. Während wir bei Weizen, Zwiebeln, Kartoffeln, Getreide und grünen Bohnen die meisten Preise auf der Höchstpreisliste einflehen, so hätten wir den dreifachen Preis erhalten und dafür nur 72 pZt. der Nährwerte. Auslandsbrot, Obst und Beeren, Gurken usw., was es auch im freien Handel zu kaufen gibt, und was auch gekauft werden muß, ist bei der Zusammenstellung nicht berücksichtigt; denn dadurch würden die Kosten nochmals wesentlich erhöht. Auch kann ein Arbeiter bei obiger Nation noch nicht auskommen. Er muß noch beschaffen, etwas hinzuzufügen. Nach der Entwurflichen Berechnung würde sich die Lebenshaltung nur um etwas über 100 pZt. vermindern haben, unter der Voraussetzung, daß der Mensch so leben könnte, wie vor dem Kriege. Nach unserer Berechnung ist die Lebenshaltung, abgesehen von etwa 90 pZt. Fleisch, um 200 pZt. teurer. Die Rohstoffeigenen beträgt in den Großstädten aber nur rund 60 pZt. Es ist unerwartet, wenn trotzdem immer wieder in den Zeitungen von hohen Arbeiterlöhnen geschrieben wird. Das Baugewerbe ist daran nicht beteiligt. Es scheint, als wollte man mit solchen Scheinlöhnen die Arbeiter nur verführen, weil sie so dumm sind und so billig arbeiten.“

Bei der Berechnung des Kollegen Friedrich ist nur die Nahrung berücksichtigt. Aber die Verteuerung der Kleidung, des Schuhwerks, der Haushaltung usw. gegenstände usw. hat er keine Berechnung angestellt. Diese Bedarfsartikel sind aber noch weit mehr im

Preise gestiegen als die Nahrungsmittel. Die „Nachbedeutung“ hat ganz recht, wenn sie zur Begründung einer neuen Zeuerungszulage schreibt: „Vor dem Kriege bekam Arbeitelose heute Brauch für einen Tagesverdienst eine einen Wochenlohn, um das gleiche zu erhalten; 1914 konnte man für 1/3 ein Paar Socken erhalten, 1918 lassen sie das Sechsfache. Wer sich ein Hemd kaufen will, braucht zwei Tagelöhne. Es ist einfach nicht mehr zum Ertragen, wie das arbeitende Volk betrogen wird! Das Jahr 1918 stellt sich in dieser Beziehung so unerträglich, daß man sich oft wundern, wo die Leute den Mut hernehmen, um so etwas zu bieten und mit Strikeln zu bewandern, die im Lande hergestellt werden. Man läßt sich eine normale Steigerung gefallen; aber die Arbeiter sind nicht mit untern Preis diesen Umständen ist es unmöglich, weiter auszukommen.“

Dies ist bei Bauarbeitern unmöglich, bei der heutigen Zeuerung mit ihren jetzigen Einnahmen auszukommen, sollte auch der Arbeiterlohn für das Baugewerbe einsteigen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Feststellungsergebnis vom 22. Juli. In diesem Feststellungstage war wieder eine kleine Zunahme der Arbeitslosen zu verzeichnen, und zwar von 74 auf 82. Das Verhältnis der erfassten Mitglieder vom Hundert am letzten Festtage betrug 0,1. Eine kleine Zunahme von Arbeitslosen hatten die Bezirke Breslau, Hannover, Ostpreußen, München und Wien. Letzterer hatte am vorigen Festtage keine Arbeitslosen. Bei den Bezirken Berlin und Leipzig war dagegen eine kleine Abnahme. Der Bezirk Bromberg hatte nicht berichtet. 12 Bezirke hatten keine Arbeitslosen.

88 Festfesttage empfangen Arbeitslosenunterstützung, gegenüber 45 in der Vorwoche; vom Hundert der Mitglieder 0,04, in der Vorwoche 0,05. Somit ist eine kleine Abnahme zu verzeichnen.

Table with 10 columns: Bezirk, Zahl der Mitglieder, Zahl der Arbeitslosen, etc.

Berichte.

Bezirk Hannover. Der Bezirk Hannover, der infolge Entlassung des Kollegen Borchert seit langem ohne Bezirksleiter war und vom Leiter des Zweigvereins Hannover, Kollegen Sebode, im Nebenamt bearbeitet werden mußte, hielt am 21. Juli noch langer Zeit wieder eine Bezirkskonferenz ab. Es war nötig, zur Fällung der Geschäfte einen neuen Bezirksleiter zu wählen, um wieder zu geordneten Verhältnissen im Bezirk zu kommen; denn die Führung der Bezirksleitung im Nebenamt war auf die Dauer ohne Schädigung der Organisation nicht möglich. Kollege Sebode gab den Bericht des Bezirksvorsitzenden, der natürlich in Anbetracht der zur Festlegung stehenden Zeit nur kurz sein konnte. Er wies auf die Läden hin, die der Krieg im Bezirk gerissen hat, und kritisierte, daß ein, wenn auch nur kleiner Teil der Restarbeiten es vermag, sich der Organisation wieder anzuschließen. Ferner sei zu betonen, daß auch durch die Entlassungen viele unserer besten agitatorischen Kräfte gerufen seien. Wäre dies nicht der Fall, dann würden die Erfolge, die wir namentlich in letzter Zeit hatten, noch bedeutend größer gewesen sein. Unserm Ziel ist die beste Agitation die auf der Beaufteilung. Unsere Lohnbewegungen sind zum größten Teil gänzlich verfallen. Sollen irgendwo die sozialen Abmachungen nicht gehalten werden, so müssen die Mitglieder dorthin gehen, wo der Vertrag respektiert wird. Da sich die Bauarbeiterschaft nur auf Kriegsarbeit beschränkt, so waren sehr viele Kollegen gezwungen, auswärts zu arbeiten und einen koppelten Anhalt zu finden. Der Bauarbeiterlohn hat unter der Kriegswirtschaft und unter dem Kanon der Inflationsperiode sehr gelitten. Bedauerlich ist es, daß Kollegen trotz der schrecklichen Ernährungslagen und der steigenden Warenpreise, mit denen die Löhne keinen Schritt hielten, dieses wohl etwas entschuldigen, so würden sich die Arbeiter früher oder später am Körper der Kollegen bitter rächen.

Von den gegnerischen Organisationen sei nichts Bestimmtes zu berichten; denn der christliche Verband veröffentlichte keine Zahlen, und die Arbeitgeber hätten sein Jahrbuch herausgegeben. Das Verhalten der Unternehmer ist nach immer dasselbe wie in Friedenszeiten. Auch der ungeheure Steigerung aller Warenpreise mußte um eine geringe Lohnhöhung fertig gekämpft werden. — Da zur Diskussion niemand das Wort wünschte, sprach der Verbandsvorstand, Kollege Paepfow, gleich im Unklarin; den Geschäftsbericht über die Grenzsetzung mit anderen Bezirken. Bei der Grenzsetzung des Bezirkes Hannover dürften nicht die geographischen, sondern es müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse die Maßstäbe bilden. Es dürften dafür nur Zweckmäßigkeitsgründe maßgebend sein. Zweckmäßig sei es, im Norden die Orte Soltan, Pannier, Lützen, Hölse, Himmelsburg und Witten a. d. W. dem Bezirk Hamburg anzuschließen, während im Süden Bielefeld und Minden besser an Hannover fügen und Hannoverisch Minden zu Frankfurt käme. Die Grenzgebiete des Bezirkes Hannover würden dann von folgenden Vereinen gebildet werden: Bielefeld, Wittingen, Braunschweig, Salzballum, Walsenbüttel, Goslar, Lauterberg, Zwinge, Zuberhödt, Göttingen, Uslar, Weinsbergen, Detmold, Bielefeld, Hildesheim und Nienheim a. d. W. Die Konferenz und die Vertreter der an den Bezirk Hannover neuangeschlossenen Vereine waren, außer Detmold, mit diesem Vorhabe einverstanden. Darauf sprach Kollege Sebode über die wichtigsten Bedürfnisse des Verbandes. (Da der Grund der Konferenz über diese Dinge ausführlich berichtet hat, können wir an dieser Stelle auf eine Wiedergabe der Rede des Kollegen Sebode verzichten. Die Redaktion.) Auf verschiedene Anfragen gab der Verbandsvorstand folgende Antworten: Angehörige des Bezirkes Hannover keine weiteren Mitglieder aufnehmen, die in einem anderen Berufe arbeiten, soll unterhalb der Lebertritt in einen anderen Verband nicht verweigert werden. Der Verbandsvorstand entscheidet von Fall zu Fall. Die Konfession der Mitglieder der Angehörigen haben die Mitgliedschaft ohne besondere Einschränkung mit zu übernehmen. Durch unsere höheren Unterstellungen wird unser Kampfcharakter nicht leiden. Wenn nur gut agitiert wird, so daß es im Verbands vorwärts geht, so werden wir auch die größte Arbeitslosigkeit durchhalten. — Vom Göttingen und aus Hannover waren Anträge ziemlich gleich Inhaltlich eingegangen, die ungefähre lautet: Anträge der immer mehr steigenden Preise für alle Lebensmittel und sämtliche Gebrauchsgegenstände läßt sich mit den heutigen Bauarbeiterlöhnen nicht mehr wirtschaften. Am nur eingekauft einen Ausgleich zu schaffen, halten wir eine wesentliche Steigerung des Lohnes für erforderlich. Der Verbandsvorstand wird ersucht, sich mit dem Vorstand des jeweils Verhandlung ins Benehmen zu setzen, damit der gleiche, unauflösbare Zustand beseitigt wird. Hierzu bemerkt Paepfow, daß ein solcher Antrag bereits ausgearbeitet sei und demnach an den Bundesvorstand und das Reichsmitglied des Bezirkes Hannover zu übergeben. Die Angehörigen wurden darauf einstimmig der langjährige Leiter des Bezirkes Sebode, Kollege Sebode, gewählt und der Bezirksausführer durch die Kollegen Sebode, Wölfer, Tönnies und Hofgappel ergänzt.

Stille. Am 20. Juli konnte unser Kollege G. v. a. n. Schütz aus Rastatt sein fünfzigjähriges Jubiläum feiern. Die Feier fand am Abend im Weissen Vereinshaus statt. Herr Krotter begrüßte die Teilnehmer. Der Vorstand sprach seinen Dank aus für fünfzigjährige treue Pflichterfüllung und überreichte ihm ein Bild. Auch wir wählten von dieser Stelle aus unsern Kollegen Schütz beglückwünschten; denn 26 Jahre sind verfloßen, seit unser Kollege Schütz mit an der Spitze einer Organisation steht. Der Jubilar hat immer versucht, das Beste für die gesamte Kollegenchaft herauszufinden und neue Wege zu suchen. Demum wünschen wir unserem Kollegen Schütz noch einen langen Lebensweg. Wir wollen mit ihm in seinem Sinne weiter arbeiten und dafür sorgen, daß unsere Kollegen, wenn sie aus den Schützgebirgen zurückkommen, die Organisation so vorfinden, wie sie für die Verhältnisse ist.

Danzig. Die Mitglieder unseres Vereines haben durch ihren Bezirksvorstand den Arbeiterverband für Danzig durch ein Schreiben ersuchen lassen, der Zeuerung entsprechend eine außerordentliche Tarifsteigerung zuzulassen zu gewähren. Der Vorstand des Arbeiterverbandes hat sich dem Schreiben vom 11. Juli hin antworten zu lassen, was wir nicht in der Lage sind, Stellung zu einer Lohnsteigerung zu nehmen; denn hierüber haben allein unsere beiderseitigen Zentralverbände zu befinden. Wir stellen es Ihnen anheim, diesfalls durch Ihren Zentralverband mit unserm Bundesverband in Verbindung zu treten. Am 21. Juli beschloß sich eine Mitgliederversammlung mit dem Antwortschreiben. Die Versammlung erkannte an, daß die Danziger Arbeiter bereits über den Tariflohn hinaus durch verschiedene Zulagen, wie Kauf- und Fahrgeld usw. den Arbeitern entgegenkommen. Aber die Zulagen sind zu unangenehm gering, daß niemand mehr weiß, was eigentlich gezahlt und entschädigt wird. Zu Lohn ungenügend betragen die Zulagen 13 bis 43 % für die Arbeitsstunden, und einige Firmen zahlen zu diesen Zulagen statt für 9 1/2 den Lohn für 10 Arbeitsstunden. Die Versammlung war nun der Meinung, daß trotz des Bestehens des Arbeiterverbandes, sich über den Verbandsvorstand an den Arbeiterverband zu wenden, der Lohnsteigerung auch in Danzig selbst nachgetreten werden muß, um die Löhnungen einseitig zu gestalten. Die Beschlüsse, den Arbeiterverband durch unsere Verhandlungen aufzuwecken, die dazu führen sollen, den besonderen Zuständen in Danzig Rechnung zu tragen, die Löhne einseitig zu gestalten und sie der örtlichen Zeuerung anzupassen. Ferner wurde der Bezirksvorstand beauftragt, den Verbandsvorstand zu ersuchen, Verhandlungen anzubahnen, um jedoch wie möglich eine allgemeine neue Zeuerungsgesetzgebung herbeizuführen. Da die jetzigen Löhne in gar keinem Verhältnis zu den aufzubringenden Kosten für die Lebenshaltung stehen. Aufgewein wurde die Meinung laut, daß wir keine Erlöse hätten, mit unsern Lohnforderungen beschleiden zu sein, als die Agartier mit ihren Forderungen für ihre Produkte.



